

# **PRESSEMITTEILUNG**

## **Doppelhaushalt 2026/2027: SPD und Volt stellen ihre Vorschläge vor Fraktionsgemeinschaft will Stuttgarts soziale Infrastruktur zukunftsfähig gestalten**

Stuttgart, 30. Oktober 2025

Vor den anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2026/2027 haben SPD und Volt im Stuttgarter Rathaus ihre Haushaltsvorschläge präsentiert. Für die Fraktionsgemeinschaft ist mit dem Entwurf des Oberbürgermeisters Dr. Frank Nopper eine rote Linie überschritten. Sie legt eigene Prioritäten vor, die soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stabilität und den Erhalt der Lebensqualität in den Mittelpunkt stellen.

„Stuttgart braucht einen Haushalt, der die Bedarfe der Menschen in den Blick nimmt – nicht nur Zahlen. Wir wollen soziale Sicherheit, faire Chancen und eine Stadt, die funktioniert“, erklärt Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin Jasmin Meergans.

### **Soziale Infrastruktur sichern und Bildung stärken**

Zentrales Anliegen der Fraktionsgemeinschaft ist die Zukunftsfähigkeit der sozialen Infrastruktur. Dabei geht es nicht nur um einzelne Maßnahmen, sondern um strukturelle Veränderungen, die langfristig tragfähige Lösungen schaffen sollen.

Ein Schwerpunkt liegt auf der frühkindlichen Bildung. Eine Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung lehnen SPD und Volt ab. Bildung dürfe nicht vom Einkommen abhängen. Gleichzeitig habe die Verlässlichkeit der Betreuung durch Fachkräftemangel und eingeschränkte Öffnungszeiten abgenommen – eine Gebührenerhöhung sei daher „weder gerechtfertigt noch vermittelbar“.

Auch in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Pflege, Integration und Inklusion will die Fraktionsgemeinschaft dauerhaft investieren. Ein geplanter Transformationsprozess unter Federführung der Referate Soziales, Gesundheit und Integration sowie Jugend und Bildung soll gemeinsam mit freien Trägern neue Strukturen schaffen.

Mehrere geplante Kürzungen im Amt für Soziales und Teilhabe sollen zurückgenommen werden, um wichtige Angebote wie den Treffpunkt Süd, das inklusive Tanzprojekt „Zeit zum Tanzen“, die Beschwerdestelle des Stadtseniorenrats und die Begegnungsstätte Treffpunkt Bad Cannstatt zu sichern.

## **Investitionen in Schulen**

Für elf Schulstandorte – darunter die Altenburgschule, das Wilhelms-Gymnasium, die Hattenbühschule und der Standort Stammheim – beantragt die Fraktionsgemeinschaft die Fortsetzung vordringlicher Schulinvestitionen.

„Bildung ist die beste Investition in die Zukunft unserer Stadt“, so Meergans. „Dafür müssen die Schulen modern, sicher und funktionsfähig sein.“

## **Wirtschaft und Strukturwandel**

Angesichts des laufenden Strukturwandels in der Region setzt die Fraktionsgemeinschaft auf Maßnahmen, die kurzfristig wirken und die lokale Wirtschaft stärken. Die Wirtschaftsförderung soll künftig operativer agieren, um ansässige Unternehmen, Gründerinnen und Gründer sowie neue Ansiedlungen gezielt zu unterstützen. Gleichzeitig soll die wirtschaftliche Entwicklung strategisch begleitet werden.

Für die SSB AG beantragt die Fraktionsgemeinschaft einen Eigenkapitalzuschuss von 30 Millionen Euro, um eine sichere und verlässliche Mobilität zu gewährleisten.

## **Eine Stadt die funktioniert**

SPD und Volt fordern eine sozial gestaffelte Anpassung der Stuttgart-Zulage. Die vom Oberbürgermeister geplante pauschale Kürzung um 75 Euro pro Beschäftigtenebene treffe vor allem Mitarbeitende mit geringem Einkommen. Eine gerechte Ausgestaltung sei notwendig, um Lebenshaltungskosten auszugleichen und die Attraktivität der Stadtverwaltung zu sichern.

Zudem beantragt die Fraktionsgemeinschaft 44,55 neue Stellen, um die Funktionsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten – etwa in Bürgerbüros, Kitas, Feuerwehr oder Grünflächenpflege. Der bewährte Einsatz von Sicherheitsdiensten in stark frequentierten Bereichen der Ausländerbehörde und der Bürgerbüros soll fortgesetzt werden.

## **Engagement, Kultur und Feuerwehr**

Für die „Partnerschaft für Demokratie“ beim Stadtjugendring beantragt die Fraktionsgemeinschaft zusätzliche Mittel. Das Programm stärkt zivilgesellschaftliches Engagement, organisiert Demokratiekonferenzen und fördert den Austausch zwischen verschiedenen Gruppen.

Auch die Feuerwehr soll unterstützt werden: Rund 2,25 Millionen Euro sind für das Interim eines dringend benötigten Aus- und Fortbildungszentrums in Möhringen vorgesehen.

Der Kulturpass soll angesichts der Finanzlage in reduzierter Form fortgeführt werden – mit 185.000 Euro (2026) und 155.000 Euro (2027). Durch eine Anpassung der Fördersumme um 50 Prozent soll die Fortführung des erfolgreichen Projekts gesichert werden, sodass alle 16-jährigen Jugendlichen weiterhin zumindest einen Kulturpass im Wert von 50 € erhalten. Für die Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte werden 50.000 Euro eingeplant. Damit würdigt die Stadt das Engagement zahlreicher Ehrenamtlicher, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

### **Einsparungen mit Augenmaß**

Sparpotenzial sieht die Fraktionsgemeinschaft insbesondere beim geplanten Neubau der Schleyerhalle. Die Streichung der dafür vorgesehenen Mittel würde Einsparungen in Höhe von 45 Millionen Euro ermöglichen.

Darüber hinaus sollen auch die politischen Gremien ihren Beitrag leisten. Die Grundentschädigung der Stadträtinnen und Stadträte soll ab 2026 um 75 Euro pro Monat sinken. Das Reisekostenbudget des Gemeinderats soll auf 10.000 Euro begrenzt werden. Die Dienstaufwandsentschädigung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister soll reduziert werden – mit jährlichen Einsparungen von rund 34.000 Euro.

### **Kritik am Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters**

Die Fraktionsgemeinschaft übt deutliche Kritik am Haushaltsentwurf von Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper.

„Das neue Haushaltsverfahren sollte eigentlich ein Schritt hin zu mehr Kooperation und Transparenz sein. Doch der Entwurf verfehlt dieses Ziel deutlich. Statt nach Prioritäten zu unterscheiden, wurde pauschal in allen Bereichen gekürzt – unabhängig von Dringlichkeit oder gesellschaftlicher Bedeutung“, so Meergans.

„Noch immer fehlen über 200 Millionen Euro pro Jahr an Ergebnisverbesserungen. Diese Lücke ist im Plan zwar eingerechnet, aber nicht durch konkrete Maßnahmen hinterlegt. Das ist unseriös – Priorisierung braucht Klarheit, nicht Stückwerk.“

Zudem kritisieren SPD und Volt die mangelnde Transparenz beim verhängten Planungsstopp.

### **Fazit**

Mit ihren Anträgen bekennt sich die Fraktionsgemeinschaft SPD und Volt zu einem verantwortungsvollen, sozial gerechten und zukunftsorientierten Handeln im Doppelhaushalt 2026/2027. Ziel ist eine funktionierende, gerechte und lebenswerte Stadt für alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter.

„Die rote Linie ist überschritten – und wir übernehmen Verantwortung, damit Stuttgart solidarisch, wirtschaftlich stark und lebenswert bleibt“, betont Meergans.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

Fraktionsgemeinschaft SPD und Volt im Stuttgarter Rathaus

**Anlage**

Haushaltsanträge 2026/27 von SPD und Volt im Stuttgarter Rathaus